

Mittelsächsische

LinksWorte

16. April 2009

Nr. 20

3. Jahrgang



„Wir zahlen nicht für Eure Krise! - für eine solidarische Gesellschaft“

Ein breites antikapitalistisches Bündnis erreichte, dass am 28. März 30.000 Teilnehmer - nach Meinung der Polizei nur die Hälfte - aus der gesamten Republik nach Berlin kamen. Sie forderten einen „Schutzschild für die Menschen gegen die Krisenfolgen“. Auch eine - leider relativ kleine - Delegation aus Mittelsachsen war in Berlin dabei. Auf den Seiten -4- und -5- dieser Ausgabe berichten wir in Wort und Bild von Protestzug und Demonstration vor dem Roten Rathaus.

Die drei Titelthemen dieser Ausgabe

berichtet:

Die breite und machtvolle
Anti-Krisen-Demo in Berlin

interviewt:

Der Fraktionsvorstand der LIN-
KEN im Kreistag Mittelsachsen

analysiert:

Die Vorbereitung der Kommunal-
wahlen in den Ortsverbänden

- 2 editorial & denkenstösse
- 3 kolumne & reisebericht
- 4/5 **thema 1 : antikapitalistische grossdemonstration in berlin**
- 6/7 **thema 2: gespräch mit der spitze der fraktion der linken**
- 8/9 **thema 3: vorbereitung der kommunalwahlen in mittelsachsen**
- 10 mittelsächsischer „knüller“ - 6 - heute: schloss augustsburg
- 11 aus dem kreisvorstand & glückwünsche
- 12 termine & finanzmarktkrise

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint in der 21. Kalenderwoche 2009. Redaktionsschluss ist am Donnerstag, dem 14. Mai 2009.

Unsere Leser werden herzlich gebeten, für die Herausgabe und Verbreitung der LinksWorte zu spenden.

Geldspenden können unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ an folgende Bankverbindung gerichtet werden:

DIE LINKE. Mittelsachsen
 Kreissparkasse Freiberg
 BLZ: 870 520 00
 Konto-Nr.: 311 502 821 0

Zuschriften, Kritiken und Hinweise sind ausdrücklich erwünscht.

Bei Veröffentlichung bringen sie nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber: **DIE LINKE.**
 Kreisvorstand Mittelsachsen
 Geschäftsstellen in Döbeln, Freiberg und Mittweida

Postanschrift der Redaktion: 09599 Freiberg,
 Roter Weg 41/43
 Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
 Telefax: 0 37 31 - 20 21 40

Redaktion: Ruth Fritzsche, Rolf Heinitz, Michael Matthes, Lothar Pöttsch, Christoph Willenberg, Hans Weiske (verantwortl.)

Layout, Satz und Fotos: A • Bi • Te
 Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
 Birkenstraße 23b 09569 Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und -vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG,
 Boettcherstrasse 21, 09117 Chemnitz.

Internet:
 Die „LinksWorte“ werden im Internet veröffentlicht. Dort sind über das Archiv auch frühere Exemplare der Zeitung verfügbar.

editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

wie die Zeit vergeht! Seit der Bildung der neuen Landkreise sind schon wieder mehr als acht Monate vergangen. In reichlich zwei Monaten werden neben dem Europäischen Parlament die Stadt- und Gemeinderäte und in vier bzw. fünf Monaten der Sächsische Landtag bzw. der Bundestag neu gewählt.

Für die LINKE in Mittelsachsen steht zweifellos in den kommenden beiden Monaten die Stadt- und Gemeinderatswahlen am im Mittelpunkt. Dazu gab es in den zurückliegenden Tagen und Wochen viele Nominierungsveranstaltungen. Eine aktuelle Übersicht zum Stand vor Ostern veröffentlichen wir in dieser Ausgabe. In Frankenberg fand am 3. April eine „besondere VertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Kandidaten für die Gemeinde- und Ortschaftsräte in Gemeinden ohne Parteibasis“ statt. Auch darüber informieren wir in dieser Ausgabe. In den kommenden Tagen muss die Aufstellung der Kandidaten abgeschlossen werden.

Besonders wichtig für die Außenwirksamkeit der LINKEN ist deren Fraktion im Kreistag Mittelsachsen. Nach den terminlich dicht gepackten „Konstituierungswochen“ im Herbst ist jetzt schon fast der kommunale Alltag eingeleitet. Die LinksWorte hatten Gelegenheit, mit dem Fraktionsvorstand der LINKEN über eine erste kleine Bilanz zu sprechen. Der Bericht darüber ist auf den Seiten - 6 - und - 7 - zu finden.

Das Leben in diesen Tagen wird auch noch von anderen Dingen bestimmt. Um die Monatswende fanden große internationale Protestveranstaltungen am Rande des G-20-Treffens in London und der „Festlichkeiten“ aus Anlass des 60. Jahrestages der NATO-Gründung statt. Das Motto der LINKEN dazu lautet: „Diese NATO lehnen wir ab. Nein zur NATO, Nein zum Krieg!“. Dann zog die Karawane der Politprominenz zum EU-Amerika-Gipfel nach Prag weiter. Dort war zumindest aus dem Munde des amerikanischen Präsidenten Obama einiges zu hören, was zumindest Hoffnungen auf ein Ende der Atombedrohung der Menschheit nährt.

Höhepunkt in der Bundesrepublik waren die Proteste unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise“ am 28. März in Berlin und Frankfurt/Main. Hier entlud sich auch der Protest gegen die Politik der Bundesregierung zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise. Gefordert wird ein wirklicher „Schutzschirm für Menschen“. Auch aus Freiberg fuhr ein Bus nach Berlin - wenn auch mit bescheidener Resonanz. Wir berichten auf den Seiten - 4 - und - 5 -

standpunkt

von Hans Weiske

Der Frühling ist gekommen, der Frühling des Jahres 2009. Vor 20 Jahren begann es im Gebäck des „real existierenden Sozialismus in den Farben der DDR“ immer mehr zu knirschen. Und wenige Monate später war der erste sozialistische Staat auf deutschem Boden - wie er sich selbst gern nannte - Geschichte. Die DDR wurde hinüber in die soziale Marktwirtschaft gewendet.

20 Jahre in der menschlichen Geschichte werden oftmals mit dem Begriff einer „Generation“ belegt - diese 20 Jahre einer Generation sind im Herbst dieses Jahres vorbei. Die im „Wendeherbst“ 1989 Geborenen werden bald 20 Jahre alt, gründen Familien; Kinder werden geboren - sie repräsentieren nun bereits die „zweite Generation nach der Wende“.

Die jungen Menschen von heute erleben eine kalte, menschenverachtende Gesellschaft - den Kapitalismus eben. Die kann auch der schönste Frühling nicht erwärmen. Und jetzt kommt die schlimmste Finanz- und Wirtschaftskrise hinzu, welche eine zunehmend globalisierte Welt je erlebt hat. Wieder trifft sie die Ärmsten der Armen zuerst und am unerbittlichsten. Und das in einer sozialen Marktwirtschaft!

zitate und denkenstösse

„Der Staat muss über öffentliche Investitionen viel mehr Geld ausgeben, um Ersatzarbeit zu schaffen. ... Belegschaftsbeteiligungen und Mitbestimmung müssen die Antwort auf die Krise sein.“

Oskar Lafontaine

„Die Abwrackprämie ist nichts weiter als ein Wahlkampfschlager der Koalition. CDU und SPD finanzieren ihren Wahlkampf mit dem Geld der Steuerzahler. Der Bundesregierung geht es gar nicht mehr um die Bekämpfung der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, sondern nur noch um blanken Populismus. Statt früher Brot und Spiele gibt es heute die Abwrackprämie.“

Gesine Löttsch, MdB

„Auch Strohfeuer können wärmen. Der drohende Einbruch des Automobilmarktes wird aber nur verschoben und nicht aufgehoben ... Hartz-IV-Bezieher und über eine Million so genannte Aufstocker hat die Bundesregierung als Wähler offenbar schon abgeschrieben, denn sie können von der Abwrackprämie nicht profitieren. Das ist sozial ungerecht.“

Dietmar Bartsch,
 Bundesgeschäftsführer der LINKEN

auf seite - drei -
- immer links -
**unsere monatliche
kolumne**

Diesmal regte uns das „Neue Deutschland“ mit einer seiner vielen treffenden Kolumnen zum schöpferischen Weiterdenken an:

Drei Äußerungen der letzten Tage - deutsche Politiker zum Problem der **sozialen Verwerfungen** in der modernen Gesellschaft.

1. der Ex-Bundeskanzler von der SPD:
„Ich kenne die Nöte der Menschen, aber das darf nicht den Blick auf das Gelungene dieses Werkes der deutschen Einheit gefährden.“
2. der CSU-Vorsitzende:
„Es geht nicht, dass bittere Erfahrungen einzelner Menschen - die keinesfalls bagatellisiert werden sollen - als Anlass dienen dürfen, um den gefestigten inneren Zustand unserer Republik zu schmähen.“
3. der Arbeitsminister von der SPD:
„Natürlich sind bei dem einen oder anderen im Laufe der letztjährigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt Enttäuschungen eingetreten. Aber das erlaubt doch keinen insgesamt pessimistischen Befund über die sozialen Verhältnisse in unserem Land.“

Drei Äußerungen, und jede einzelne von ihnen bestätigt ein Fazit, das - leider - überall und scheinbar für alle Zeiten gültig ist: Es gibt keine Propaganda, die nicht aus vielen unglücklichen Einzelnen im Handumdrehen ein glückliches Volk macht.

ND, hades

Und wir fügen hinzu:

Wer, wenn nicht die LINKE, kann und muss der Interessenvertreter der Millionen Frauen, Männer und Kinder sein, die von Hartz IV gepeinigt werden.

nachdenkenswertes

Wer Neues schaffen will, hat alle zu Feinden, die aus dem Alten nutzen ziehen.

Niccolò Machiavelli

Das Krisengerede lügt: Denn der Kapitalismus ist nicht bedroht. Er ist die Bedrohung.

Georg Schramm, Kabarettist

„aktuelles von der freiheitsinsel cuba“ (3)

Ein Beitrag unseres Redaktionsmitgliedes
Dr. Michael Matthes

... Und die Menschenrechte. In Kuba wurde niemand ins Hartz-IV-Aus geschickt. Kuba hat das Gesundheitswesen so stabilisiert, dass die Bürger ausreichend versorgt werden, ja man hilft solidarisch Anderen. Zehntausende Ärztinnen und Ärzte helfen in Venezuela und anderen Ländern, damit dort erreicht wird, was in Kuba Selbstverständlichkeit ist. Ein Kubaner wird im Durchschnitt 78 Jahre alt. Alle Frauen entbinden in Kliniken. In Kuba sterben je tausend Geburten weniger Kinder als in den USA. Die Tendenz ist fallend. Das größte Erlebnis dieser Exkursion war der

Technik ist ausreichend für den Unterricht. Das Augenmerk auf die Bildung zieht sich wie ein roter Faden durch die fünfzig Jahre Revolution. Es begann mit der Umwandlung der Kasernen in Schulen. Auch heute wird reagiert, wenn im Bildungswesen Konflikte entstehen. Es herrscht Lehrermangel, wodurch auch immer. Unter anderem dadurch, dass innerhalb eines Jahres die Klassenstärken auf zwanzig Schüler pro Klasse per Verordnung halbiert wurden. Also hat man den Status des Hilfslehrers eingeführt. Siebzehn- und achtzehnjährige junge Leute erhielten eine Schnell- und Erstausbildung. Sie unterrichten vorrangig die unteren Klassen. Die große Schwester oder der große Bruder hilft den Jüngeren beim



Foto: M. Matthes

Wachablösung am Jose-Marti-Mausoleum in Santiago de Cuba

Besuch der Tamara-Bunke-Schule. Aufgeregt die Schüler wegen der Besucher, aber jede Klasse mit fröhlicher Disziplin und alle neugierig auf ihren weiteren Lebensweg. Dem Besucher ging das Herz auf. Die Schule - kein Musterbau in unserem Verständnis - ist ausgestattet, wie es unter den geschilderten Umständen nicht zu vermuten war. In jedem Klassenzimmer steht ein Fernseher. Das ist landesweit Standard. Ein Unterrichtskanal unterstützt die Lehrer. Und da ist ein Computerkabinett mit sechs Arbeitsplätzen. Die

Lernen. Später beim pädagogischen Studium werden diese Berufserfahrungen berücksichtigt. Vergleiche sind erlaubt. Summa summarum: Der Sozialismus auf Kuba wird es schaffen, wenn er sich nicht selbst ein Bein stellt. Solidarität tut gut. Doch schenken sollten wir Kuba unser Vertrauen. Noch besser: Schenken wir unser Wissen und unsere Erfahrungen dort, wo es gebraucht wird, damit die Kubaner ihre Probleme selbst lösen können. Sozialismus findet diesmal im Westen statt. Nämlich in Lateinamerika.

Bis unters Fenster von Wowereit: ein breites kapitalismuskritisches

Es war ein bunter Haufen, der sich zum Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise - für eine solidarische Gesellschaft“ im Herzen Berlins - gewissermaßen unter dem Fenster des Berliner Regierenden Bürgermeisters - zusammengefunden hatte. Die Demonstranten einte der Protest gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise und die bisherige Krisenpolitik der Bundesregierung. Es war aber für viele Teilnehmer des Protestes auch eine Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft an sich.

Zum geforderten „Schutzschild für die Menschen gegen die Krisenfolgen“ gehören Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich statt Massenentlassungen, Erhöhung des ALG II, zehn Euro Mindestlohn, ein bedingungsloses Grundeinkommen von 1500 Euro sowie eine fünfprozentige Millionärssteuer.

Am frühen Morgen des 28. März begab sich auch ein Sonderbus aus Freiberg in die Hauptstadt. Wir berichten im folgenden in Wort und Bild über den Tag in Berlin - mit einem Augenzeugenbericht von Hans-Jürgen Kühn aus Flöha. (hw)

Wir startete um sieben in der Früh. Leider war unser Bus nur knapp zur Hälfte besetzt. Die angekündigten Teilnehmer aus Döbeln fielen aus. Durch einen glücklichen Umstand erhielten wir wenigstens noch etwas „Blutaufrischung“ aus der Landeshauptstadt, da deren Bus nicht ausreichte. So fuhren wir ab Dresden im „Zweier-Konvoi“. Bei der Rast an der Autobahn trafen wir auch noch die Chemnitzer. Dort hatten die Gewerkschafter einen Bus gechartert - sogar den himmelblauen Express, der sonst die „Fussball-Stars“ vom CFC zu deren - in der Regel - dürftigen Auswärtsspielen schaukelt.

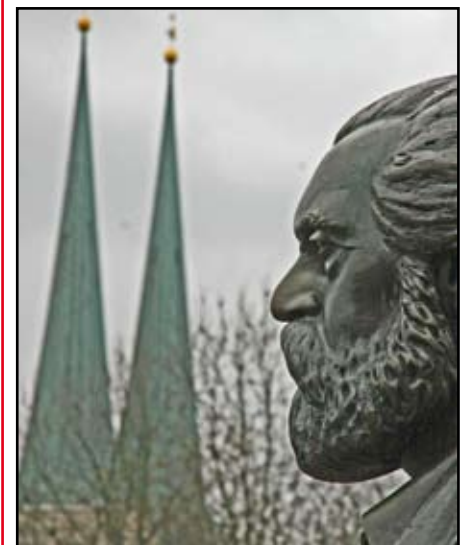
Nicht weit vom Marx-Engels-Forum und Neptun-Brunnen entfernt fanden wir einen idealen Standplatz für unseren Bus. Da wir rechtzeitig abgefahren waren, kamen wir vorfristig am Ort des Geschehens

an. In recht lockerer Stimmung harrte man der Dinge, die da kommen sollten. Auch die angekündigten rund 1000 Polizeibeamten waren schon da!

Der Ablauf sah eine Auftakt-Kundgebung am Neptun-Brunnen, dann die Demo zum Gendarmenmarkt und dort eine Abschlusskundgebung vor. Dieser Verlauf wurde von der Polizei nicht genehmigt. Als Begründung gab man die Sicherheit an. Als Alternative gab es einen „Rundkurs“ über den Hackeschen Markt, die Rosenthaler und Oranienburger Straße zurück zum Neptunbrunnen.

Kurz nach 13 Uhr setzte sich der bunte Zug mit dem schwarzen Block der Antifa und dem antikapitalistischen Block ganz am Ende in Bewegung. Fast eine Stunde dauerte es, bis sich auch die LINKEN - sie bildeten vor der antikapitalistischen Jugend fast den Abschluss der Demo - in

Bewegung setzen konnten. Alles verlief trotz erdrückender Polizeipräsenz an manchen Steckenpunkten ruhig und friedlich ab. Bis es dann doch noch die



Ein aufmerksamer Beobachter mit Blick zum Neptunbrunnen und den vielen Demonstranten. Vieles von dem, was jetzt passiert, hat Karl Marx kommen sehen.



Breit wie die Spandauer Straße ist der „bunte Haufen“, der sich vor dem Roten Rathaus zur großen kapitalismuskritischen Demonstration zusammengefunden hat. Neben den Gewerkschaften Verdi, IG Bau und IG Metall, den Globalisierungsgegnern von Attac, dem Berliner Bündnis „Montagsdemo“, der Hilfsorganisation Oxfam, den Naturschützern vom BUND, dem Bund deutscher Pfadfinderinnen, Antifa und dem „antikapitalistischen Block“ waren auch die LINKE und die DKP dabei.

von der Presse gewünschten Bilder gab. Ein Teil der Jugendlichen aus dem Antifa-Block begann aus unerfindlichen Gründen vom Rand des Kundgebungsplatzes aus in Richtung auf das Rote Rathaus zu rennen - sie verließen damit die vereinbarte Marschstrecke. Ein gefundenes Fressen für die Polizei. Das angestrebte „Vermischen“ des Antifa-Blockes mit den Tausenden anderer Demonstranten kam nicht zustande, vereinzelt knallten Böller und flogen Flaschen.

Die Polizeibeamten reagierten völlig unangemessen. Immer wieder versuchten sie, Teile der „Schwarzen“ einzukesseln. Aber die Situation eskalierte glücklicherweise nicht. Auch von der Rednerbühne aus versuchte man immer wieder, dem Treiben der Polizisten Einhalt zu gebieten.

Bündnis protestiert in Berlin gegen den G20-Gipfel in London



Hatte die schier unüberschaubare Menge - obwohl zu diesem Zeitpunkt noch nicht alle Demonstranten den Platz erreicht hatten - hinter sich. Der Fraktionschef der LINKEN im Bundestag hielt eine zündende Rede. Die rüden Attacken der Polizei hatten zu diesem Zeitpunkt bereits begonnen.

Unter den Demonstranten in Berlin war auch Hans-Jürgen Kühn, der Vorsitzende des Ortsverbandes Flöha. Hier sein Augenzeugenbericht:

Auf der Fahrt nach Berlin las ich den Beitrag von David Rausch über die Demo „Geh Denken“ in Dresden. Der Auftakt der Kundgebung und der Demonstration ließ hoffen das sich diese Ereignisse in Berlin nicht wiederholen. Die Einsatzkräfte hielten sich meist im Hintergrund und waren auch in der Anzahl nicht über die Gebühr präsent. So gab es Straßenzüge, wo von der Polizei nichts zu sehen war. Dort verlief alles friedfertig und man hatte auch bei der Länge des Demonstrationzuges ein gutes Gefühl. Dieses Bild sollte sich ändern als der Demonstrationzug wieder am Kundgebungsplatz dem Roten Rathaus ankam. (Die Demonstrationroute und der Kundgebungsplatz waren kurzfristig von der Polizeibehörde geändert worden) Während die meisten Kundgebungsteilnehmer sofort auf den Platz strömten wurde der sogenannte „Schwarze Block“ auf die angrenzende Straße geleitet und eingekesselt. Daraufhin flogen Gegenstände auf die Polizei, die nun vorrückte. Die Demonstranten flüchteten sich auf den Kundgebungsplatz und hinterher die Beamten ohne Rücksicht

cht darauf, dass dort Alte, Frauen, Kinder und Behinderte weilten. Das ein größeres Blutbad vermieden wurde, ist nur der Tatsache zu verdanken, dass die meisten Demonstranten zu dieser Zeit noch nicht auf dem Platz waren. In der Folgezeit drangen Gruppen von Beamten immer wieder auf den Kundgebungsplatz vor. Deeskala-

tion sieht anders aus. Die plötzliche massive Polizeipräsenz wirkte provozierend. Man kommt nicht umhin dies nicht als Zufall sondern als Methode zu betrachten. Ohne zu verkennen das es auch aus den Reihen der Demonstranten Provokationen gab, bleibt die Frage: Warum ohne Anlass eine solche Polizeipräsenz? Den einzelnen Beamten die Schuld zu geben wäre verfehlt obwohl der brutale Einsatz Einzelnen sichtlich Spaß machte. Die meisten der Beamten hätten diesen Tag auch lieber anders verbracht. Auch sie sind das Opfer der Krise. Ständige Sparmaßnahmen und Umstrukturierung führen zu Überforderung und ein Beamter, welcher 4 Wochen Dienst hat, ist nicht gut gelaunt und verkennt mitunter die wirklichen Schuldigen. Verantwortlich ist die Politik und die die welche die Befehle an die Einsatzleiter geben. Es scheint politisches Kalkül zu sein, Demonstrationen zu kriminalisieren. Damit soll davon abgehalten werden, mit auf die Straße zu gehen. Das geht bis dahin, Polizei und Demonstranten gegeneinander auszuspielen, um Anlass zu geben, zukünftige größere Demonstrationen gar nicht erst zuzulassen. Die Antwort kann nur sein öfter, vielerorts und in größerer Anzahl auf die Straßen zu gehen.



Das „Fähnlein der Aufrechten“ aus Mittelsachsen im großen Block der LINKEN: Ruth Fritzsche, Cornelia Metzger und Albrecht Tolke, alle aus Freiberg.

Acht Monate Linksfraktion im neuen mittelsächsischen Kreistag

Im Juni des vergangenen Jahres wurden die neuen Kreistage gewählt. 19 Kreisräte der LINKEN aus den Altkreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida erhielten das Vertrauen der Wähler. Per 1. August 2008 wurden die neuen Landkreise konstituiert. Seither sind acht Monate vergangen. Die LinksWorte trafen sich deshalb am 7. April in Freiberg mit dem dreiköpfigen Fraktionsvorstand, um eine kleine Bilanz zu ziehen. Die Schwerpunkte des interessanten Gesprächs dokumentieren wir im folgenden. Gesprächspartner des Fraktionsvorstandes war Hans Weiske aus unserer Redaktion.



Fraktionschef:

Jens Stahlmann
aus Hainichen
geb.: 7.9. 1967

erlernter Beruf:
Elektronik-FA
Tätig als Regionalmanager bei DB Schenker



Stellvertreter:

Peter Krause
aus Roßwein
geb.: 2.11.1960

erlernter Beruf:
Maschinenanlagenmonteur
Tätig als Justizvollzugsbeamter



Stellvertreter:

Johannes Kretzer
aus Freiberg
geb.: 29.10. 1938

erlernter Beruf:
Dipl.-Ing.-Ök. der Metallurgie; Rentner; ehrenamtlicher Geschäftsführer

Vorbemerkung: Es sollte ein Interview werden. Aber die Drei spielten sich den Ball bei den einzelnen Themen immer wieder hervorragend zu - ein echtes Team eben. So war der Journalist gezwungen, die Dinge so zu nehmen, wie sie sind: Die LINKE im Kreistag hat einen mit einer Stimme sprechenden Vorstand. Drei Mann - ein Wort.

1. historie

Die Wahlen in die neuen Kreistage fanden am 8. Juni des Vorjahres statt. Das Ergebnis von 18,4 Prozent für die LINKE war nicht berauschend - immerhin ein Rückgang von rund 2 Prozent gegenüber dem durchschnittlichen Ergebnis zu den Kreistagswahlen 2004 in den drei Altkreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida. In Mittelsachsen wurde ein Kreistag, bestehend aus 98 Kreisräten, gewählt. Davon stellte die LINKE die folgenden 19:

- Bretschneider, Ulrike aus Burgstädt
- Morgenstern, Marina aus Eppendorf
- Tur de la Cruz, Elgine aus Leisnig
- Steidten, Petra aus Lichtenau
- Buschmann, Peter aus Waldheim
- Eckert, Rainer aus Geringswalde
- Geißler, Mario aus Mittweida
- Hilker, Heiko aus Döbeln
- Grunke, Achim aus Freiberg
- Jahn, Jens-Eberhard aus Brand-E.
- Jubelt, Gottfried aus Augustusburg
- Krause, Peter aus Roßwein
- Kretzer, Johannes aus Freiberg
- Mittelstädt, Thomas aus Freiberg
- Pester, Hans-Dietrich aus Mittweida
- Pötzsch, Harald aus Erlau
- Scharfenstein, Arndt aus Frauenstein
- Schönherr, Gerald aus Lunzenau
- Stahlmann, Jens aus Hainichen

Der neue Landkreis Mittelsachsen war von Anfang an eine Kunstgeburt. Peter Krause wies darauf hin, dass wahrscheinlich eine zündende Rede des damaligen Freiberg-Landrates Volker Uhlig vor dem Döbelner Kreistag den Ausschlag gegeben habe - der mögliche Konkurrent aus Delitzsch war nicht erschienen. Im Ergebnis mutieren beispielsweise waschechte Osterzgebirger zu Mittelsachsen. Wie dabei Emotionen hochkochen können, zeige die Kfz-Kennzeichen-Debatte.

Sofort nach den Wahlen begann die praktische Arbeit. Die Fraktion konstituierte sich und bestimmte Jens Stahlmann - der als Landratskandidat der LINKEN beachtliche 19,5 Prozent der Stimmen erreicht hatte - zum Fraktionsvorsitzenden.

Von Anfang an war es Konsens, dass ein Fraktionsvorstand gebildet werden sollte, in welchem jeder der drei Altkreise mit einem Kreisrat vertreten ist. Dieser wurde dann - nach einigem Hin und Her - in der bekannten Zusammensetzung auch gewählt. Und das Fazit ist eindeutig: „Uns kann keiner auseinanderdividieren. Wir kämpfen und entscheiden gemeinsam.“

Der neue Kreistag konstituierte sich am 21. August 2008. Bereits am 18. September, am 30. Oktober und am 10. Dezember fanden weitere Beratungen statt. Inhaltlich passierte in diesen Beratungen noch nicht über die Maßen viel - mussten doch vor allem die Grundsatzdokumente verabschiedet und Personalien entschieden werden. Aber mit der Entscheidung zum Kfz.-Kennzeichen legte sich der Kreistag im Herbst auch das erste Ei ins Nest, obwohl noch gar nicht Ostern war.

In der Dezemberausgabe waren die „LinksWorte“ wenige Tage vor der Kreistagssitzung im Gespräch mit Jens Stahlmann. Das damalige Interview stand unter der Überschrift: „Jetzt beginnt die Arbeit richtig“.

In unserem Gespräch bestätigte der Fraktionschef, dass er mit dieser Einschätzung auf der richtigen Spur gelegen habe. „Mit der intensiven Vorbereitung auf die Kreistagssitzung am 11. März sind wir in die ganz konkrete inhaltliche Arbeit eingeschwenkt. Allerdings haben wir von Anfang an versucht, Zeichen zu setzen.“

Die Sitzung des Kreistages vom 11. März mit Beratung und Beschluss über den Kreishaushalt 2009 ist Geschichte. Die LinksWorte berichteten in ihrer März Ausgabe ausführlich. Inzwischen haben die Mühen der Ebenen begonnen.

2. inhalt

Die Linksfraktion ist mit ihren 19 Kreisräten die zweitstärkste im Kreistag - die CDU als stärkste stellt 42 Kreisräte. Die Linksfraktion verfügt damit über ein beachtliches Potenzial!

Wie aber die eigenen Potenzen umsetzen und inhaltlich Pflöcke einschlagen? Im „Paragrafen-Herbst“ war das nicht ganz einfach. Aber die Linksfraktion versuchte es zumindest. Zwei Anträge in der „Frühzeit des neuen Kreistages“ sorgten auch beim politischen Gegner für Aufmerksamkeit. Wie kann man - um die beiden Anträge der Linksfraktion aufzugreifen - bei aller Diskussion über die ausufernden Personalkosten eigentlich den

- **Einsatz eines 3. Beigeordneten für Soziales**

und die

- **Installierung eines Petitionsausschusses des Kreistages**

ablehnen?

Aber man konnte es. Die sinngemäße Argumentation des Landrates: Hier handele es sich um zwei Fragen, über deren Sinnhaftigkeit man erst später entscheiden könne. Deshalb wolle man analysieren und zu gegebener Zeit - nach etwa einem Jahr - die

Der Fraktionsvorstand im Gespräch mit den mittelsächsischen Linksworten

Frage erneut auf die Tagesordnung setzen. Unter dem Druck der Fraktion - so Stahlmann, Krause und Kretzer übereinstimmend - werde in den Ämtern an diesen Fragen gearbeitet. Und pünktlich - im 3. Quartal dieses Jahres - kämen sie wieder auf die Tagesordnung.

Mit einer weiteren Initiative sorgte die Linksfraktion für Aufmerksamkeit. Bekanntlich hatte sich Rita Hillmann, die Vorsitzende der Linksfraktion im Stadtrat von Oederan, im August des vergangenen Jahres mit einem offenen Brief an die Mitglieder der Kreistagsfraktion gewandt. Ihr Anliegen war es, dem Vorschlag im Wahlprogramm des Kreisverbandes der LINKEN Mittelsachsens Nachdruck zu verleihen,

- **den für den Landkreis Freiberg eingeführten Sozialpass auf den neuen Kreis Mittelsachsen auszudehnen.**

Die Linksfraktion brachte dazu - übrigens wenige Minuten vor einem inhaltlich ähnlich gelagerten „Dummenfänger-Trick“ der vierköpfigen Nazi-Vertretung im Kreistag - eine Informationsvorlage ein. Darauf habe das Sozialamt positiv reagiert. Eine entsprechende Regelung sei in Arbeit.

(An dieser Stelle eine kleine Anmerkung: Wo, wenn nicht an einem solchen Beispiel, lässt sich die Sinnhaftigkeit der Wahl eines Beigeordneten für Soziales im speziellen und einer intensiven Sozialarbeit mit Bedürftigen überzeugender begründen).

Es gäbe bei der LINKEN keinen Fraktionszwang, so Jens Stahlmann. Aber man habe sich im Vorfeld der Budget-Diskussion am 11. März darauf verständigt: Wenn es insbesondere in der

- **Satzung zur Schülerbeförderung** kein Entgegenkommen der Landkreisverwaltung gäbe, könne man dem Haushalt nicht zustimmen. Dieses Entgegenkommen fehlte: die Schülerbeförderungssatzung wurde nach hinten geschoben und der Antrag der LINKEN zur Befreiung der Eltern von den Kosten später auch abgelehnt. Begrün-

dung: Es gäbe keinen Kostendeckungsvorschlag. Die logische Folge: Die Stimmen der Ablehnung des Kreishaushaltes kamen vor allem von den LINKEN. Den von CDU-Kreisräten in den Raum gestellten Vorwurf, in dieser Frage gäbe es einen Schulterschluss der LINKEN mit den Nazis, weist die Fraktionsspitze ebenso fundiert wie energisch zurück. „Für uns zählt die soziale Ausgewogenheit des Budgets für die Bevölkerung und sonst nichts“ - so übereinstimmend Krause, Kretzer und Stahlmann - „was die NPD macht, ist purer Populismus und hat mit unserer Position absolut nichts zu tun. Was sollen wir machen, wenn sie so stimmen, wie wir.“

Etwas wollte Peter Krause übrigens nicht unausgesprochen lassen: Durchaus posi-

Millionen Euro - davon fast 6 Millionen für Bildungseinrichtungen und 8,5 Millionen in die Infrastruktur - einbezogen wurde. Auf der Sitzung des Kreistages im März betonte Jens Stahlmann, dass im Haushalt 2009 noch erhebliche Reserven stecken. Auf verschiedenen Gebieten gäbe es nach Auffassung der Linksfraktion auch noch zusätzlichen Finanzbedarf. Das könne aber im Detail erst mit dem Haushalt für das Jahr 2010 entschieden werden.

Peter Krause, Hannes Kretzer und Jens Stahlmann machten die wichtigsten „Baustellen“ aus, die es jetzt zu bearbeiten gäbe. Dabei sei die Kfz-Kennzeichen-Diskussion wirklich nur ein Nebenschauplatz und werde durch den Bürgerentscheid definitiv geklärt.



Kleines Resümee nach acht Monaten intensiver Arbeit im Kreistag: Der Fraktionsvorstand mit Peter Krause, Jens Stahlmann und Hannes Kretzer (von links) im angeregten Gespräch

Viel wichtiger sei, wie es mit der **Zusammenarbeit der Krankenhäuser und der Sparkassen** weitergehe. Auch beim Antrag der LINKEN auf die **Anpassung der Unterkunftskosten von Hartz-IV und Sozialhilfeempfängern** werde man Druck machen. Der neue Mietpiegel müsse unbedingt bis zum Sommer kommen.

Weitere Schwerpunkte auf dem Weg zu einem kommunal einheitlich geleiteten Mittelsachsen seien:

- **die Müllentsorgung**
- **die Verkehrsverbünde**
- **die Schulnetzplanung**

Die nächste Beratung des Kreistages findet erst im Juni statt - der Drei-Monats-Rhythmus lässt grüßen. Die Linksfraktion - so ihre Fraktionsspitze übereinstimmend - wird sich mit zwei Beratungen der Fraktion und durch konstruktives Mitwirken in den Ausschüssen gründlich darauf vorbereiten.

Peter Krause setzte mit seiner Bemerkung, dass es jetzt an der Zeit sei, das Gespräch vor Ort zu suchen, den vorwärts gerichteten Schlussakzent des Gesprächs.

tiv zu werten sei, dass für den Bereich Freiberg/Mittweida in

- **Fragen der Notfallrettung und des Krankentransportes** Konkretes beschlossen wurde.

3. wie weiter?

Inzwischen hat der Kreistag in einer Sondersitzung am 25. März den Konsequenzen aus dem Konjunkturpaket II der Bundesregierung zugestimmt - mit den Stimmen der Linksfraktion. Und das, obwohl der Kreistag sehr spät und nur zögerlich in die Diskussion der über 70 Maßnahmen mit einem Volumen von 14,3

Sie hatte schon eine gewisse Brisanz - die Zusammenfassung einer Beratung der Ortsvorsitzenden aus dem Bereich des ehemaligen Kreises Mittweida vom 16. März. Sie verstärkte den Druck auf den Kreisvorstand, auf seiner Beratung am 6. April neben der Vorbereitung der Gemeinderatswahlen die weiteren Tagesordnungspunkte „Nochmalige Beratung und Beschlussfassung über die Finanzierung der Gemeinderatswahlen“, „Über die weitere Arbeit mit den LinksWorten“ und „Über die weitere Gestaltung des Internet-Auftritts des Kreisverbandes“ auf die Tagesordnung zu setzen. Bedauerlich: Wegen terminlicher Absagen von Kreisvorstandsmitgliedern konnten die angesprochenen Fakten aus der Zusammenfassung des Protokolls leider nicht begründet werden. Das betrifft insbesondere die Aussage, dass der Kreisverband Mittweida bei der letzten Wahl (im Jahre 2004, d.R.) 10.000 Euro für die Kommunalwahlen ausgegeben habe und dieser Betrag jetzt für drei Kreisverbände ausreichen solle. Keine inhaltliche Begründung fand auch die in der Zusammenfassung der Beratung enthaltene Aussage, dass die Ortsvorsitzenden der LINKEN im Altkreis Mittweida einheitlich der Auffassung seien, dass das Niveau der „LinksWorte“ nicht den Ansprüchen an eine linkspolitische Zeitung genüge. Der Kreisvorstand fasste Beschlüsse zur Finanzierung des Wahlkampfes und zu den „LinksWorten“. Zur Verteilung der LinksWorte im ehemaligen Kreis Mittweida wird eine effektive Lösung angestrebt. Die Redaktion dokumentiert im folgenden den aktuellen Stand der Vorbereitung der Gemeinderatswahlen. Außerdem äußert sich unser Redaktionsmitglied Michael Matthes zu seiner Sicht auf die Lage im Kreisverband. (hw)

Übersicht über die bisher durchgeführten Nominierungen von KandidatInnen für die Kommunalparlamente der Städte und Gemeinden des Kreises Mittelsachsen (Stand vom 9. April 2009)

Mit Sternchen: nominiert auf der besonderen Beratung in Frankenberg:

Altmittweida *	2
Bobritzsch *	1
Burgstädt	4
Claußnitz *	3
Döbeln	9
Dorfchemnitz *	1
Eppendorf *	2
Frankenberg	10
Frauenstein *	2
Freiberg	16
Großhartmannsdorf	1
Großschirma	1
Großweitzschen *	2
Halsbrücke	4
Hartha	4
Hartmannsdorf	2
Königshain-Wiederau *	1
Leisnig	11
Leubsdorf *	1
Mühlau *	2
Neuhausen *	2
Ostrau *	1
Oberschöna *	1
Oederan	8
Reinsberg *	1
Rossau *	2
Seelitz	3
Taura *	2
Waldheim	7
Wechselburg *	1
Zettlitz	3

Damit wurden bis zum 9. April insgesamt **110 Kandidaten der LINKEN** nominiert.

Es fehlen aber noch solche Städte und Gemeinden wie **Brand-Erbisdorf, Flöha, Geringswalde, Hainichen, Lichtenau, Lunzenau, Mittweida, Niederwiesa, Penig, Rochlitz und Roßwein.**

Allerdings besteht auch im Wahlstab noch keine exakte Übersicht über die nominierten Kandidaten.

Der Wahlstab in der Kreisgeschäftsstelle in Freiberg benötigt nach dem **27.04.2009 (dem Termin der Bestätigung der Kan-**

didaten durch die Gemeindevwahlausschüsse) schnellstmöglich die endgültigen Ergebnisse.

Im Monat Mai erfolgt die kreisweite Plakatierung der Kommunal- und Europawahlplakate.

Die Ortsverbände werden gebeten, wichtige Wahltermine schnellstens an die Geschäftsstelle in Freiberg zu melden.

Nominierung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl des Stadtrates Freiberg

Für den 14. März 2009 wurden die in der Stadt Freiberg wohnenden Genossinnen und Genossen zur Nominierung der künftigen Stadträte für unsere Partei eingeladen. Bei etlichen Entschuldigungen nahmen 34 Genossinnen und Genossen teil. Bis zur Wahl hatten 14 Genossinnen und Genossen sowie SympathisantInnen ihre Bereitschaft erklärt, wieder zu kandidie-

Während der Aufstellung der Kandidaten erklärten zwei weitere Genossen ihre Bereitschaft für die Kandidatur, so dass wir über 16 Kandidaten abstimmen konnten. Im ersten Wahlgang stimmten die Mitglieder über die Aufnahme dieser 16 Kandidaten darüber ab, ob sie alle in die Liste aufgenommen werden sollen. Das war am Ende der Fall. Im 2. Wahlgang legte jeder Stimmberechtigte bei der Vergabe von 8 Stimmen fest, wie die Reihenfolge auf dem Wahlvorschlag aussehen soll.

Die ersten 3 Listenplätze, die vom Ortsvorstand vorgeschlagen waren, wurden dann auch in folgender Reihenfolge bestätigt. Dr. Jana Pinka auch als Direktkandidat für den Wahlkreis 20, Thomas Mittelstädt, Dr. Ruth Kretzer-Braun als bisherige Fraktionsvorsitzende der Stadtfraktion. Ab Platz 4 gab es dann sowohl nach oben als auch nach unten Veränderungen gegenüber der vorgeschlagenen Reihenfolge. Am Mittwoch, dem 01.04.2009



Die auf der besonderen Versammlung in Frankenberg anwesenden Kandidaten der LINKEN

ren bzw. erstmalig für die Partei DIE LINKE anzutreten. Darunter befinden sich alle 6 bisherigen Stadträte und die als sachkundige Bürgerinnen und Bürger tätigen Frauen und Männer sowie Mitglieder in Ausschüssen der Stadt Freiberg.

übergaben wir dem Hauptamtsleiter der Stadt Freiberg den Wahlvorschlag über 16 Kandidatinnen und Kandidaten. An Wahlaussagen für die Stadt Freiberg wird gegenwärtig noch gearbeitet.

Ruth Fritzsche

Beratung der Vorsitzenden der Ortsverbände des ehemaligen Kreises Mittweida

Forderungen an den Kreisvorstand

In der Beratung der Ortsvorsitzenden nahm der Wahlkampf zu den Kommunalwahlen und dessen Finanzierung eine dominierende Rolle ein.

Zum Ersten wurde dabei moniert, das insgesamt im Kreis für die Kommunalwahlen mit einer stattlichen Anzahl von Kandidaten weniger Mittel zur Verfügung stehen als für die anderen Wahlarten. Zudem die 10.000 €, die für den Gesamtkreis zur Verfügung stehen genau der Summe entsprechen, die der ehemalige Kreis Mittweida zur Kommunalwahl 2004 zur Verfügung hatte. Aber nicht nur über die Summe,



Frankenberger Impressionen

sondern auch über deren Aufteilung wurde diskutiert.

Da ja die Wähler erreicht werden sollen, und dabei möglichst alle, wäre eine Aufteilung der Mittel nach Haushalten sinnvoller als der jetzt gegangene Weg, diese Aufteilung nach Anzahl der Mitglieder vorzunehmen. Dies auch deshalb, weil sich die Ortsverbände Gedanken machen, wie sie die Ergebnisse der letzten Wahl halten bzw. steigern können.

Das das unter dem Gesichtspunkt, dass unser Wählerpotential in einigen Orten fast ausgeschöpft ist, nicht einfach sein wird, ist logisch und zwingt dazu, andere Wege zu gehen.

In manchen Ortsverbänden wird deshalb über eigene Flyer nachgedacht, die an jeden Haushalt gehen sollen. Dabei werden die zentralen Entwürfe vom Land wenig nützlich sein, da diese von großen Teilen der Bevölkerung sofort als Wahlkampfmaterial angesehen und entsprechend wenig zur Kenntnis genommen werden. Ortsbezogene Materialien in Wort und Bild sind da sicher wirkungsvoller.

Mit der beabsichtigten Aufteilung der Wahlkampfmittel ist die Möglichkeit einer solchen Vorgehensweise bereits eingeschränkt wenn nicht gar unmöglich, wenn nur wenige Mitglieder im Ort vorhanden sind. Ganz abgesehen von den Orten, in denen wir 2004 beachtens-

werte Ergebnisse hatten, obwohl es dort überhaupt kein Mitglied gibt.

Das trifft auch auf andere Vorhaben zu. Die demografische Entwicklung geht auch an uns nicht vorbei. Da hilft alles reden nichts. Um also zur Wahl eventuell Stimmen zu sichern, müssen wir mehr auf ältere Menschen zugehen. Das geht schlecht über Einladungen zu uns, sondern wir müssen dahin gehen, wo sie sich treffen. Und zwar zu Zeiten, wann sie das tun und an Orten, wo sie das tun.

Das betrifft auch Treffen mit Jugendlichen, mit Vereinen, insbesondere deren Vorsitzenden und mit Bürgern an sich. Für all diese Vorhaben ist ein gewisser finanzieller Einsatz nötig, der sicher nicht übertrieben werden kann, aber eben auch in geringem Maße erforderlich ist. Alles in Allem wurde festgestellt, dass die Mittel für den Wahlkampf zu wenige und obendrein noch unglücklich verteilt sind. Und alles nur auf die Ebene der Spenden zu drücken heißt doch nichts anderes, als bei der geringen Bereitschaft für Spenden für uns aus dem Bereich der Unternehmen wieder einmal die eigenen Mitglieder zur Kasse zu bitten und das möglichst rasch. Auf längere Zeit verteilt geht das leider nicht, weil die Vorstände nichts ansparen dürfen.

Wir fordern deshalb den Kreisvorstand auf, die Problematik nochmals zu überdenken und auf der nächsten Kreisvorstandssitzung einen Beschluß herbeizuführen.

Genossinnen und Genossen, denken wir mal drüber nach! Über die Situation in unserem Kreisverband

Von unserem Redaktionsmitglied Dr. Michael Matthes

Ich schreibe diesen Beitrag am 28. März, also vor der nächsten Kreisvorstandssitzung am 6. April und weit vor dem Erscheinen dieser Ausgabe. Vor mir liegt eine Dateianlage aus einer eMail, überschrieben mit „Forderungen an den Kreisvorstand“. Da ich Mitglied dieses Gremiums ist, fühle ich mich angesprochen.

Doch zunächst zum Inhalt des Schreibens. Ortsvorsitzende haben sich zusammengesetzt und über die Wahlvorbereitung im heißen Sommer 2009 gesprochen und wie man es schafft, möglichst gute Ergebnisse zu erzielen. Und sie legen dabei konkrete Mängel in der Strategie des Kreisvorstandes bei der Wahlkampfführung offen. Um es vorwegzunehmen: Nach meiner Meinung - und ich spreche hier auch als Stellvertreter des Vorsitzenden - sind alle aufgezeigten Negativaspekte akzeptabel und treffen wunde Punkte.

Zusammengefasst: Die wenigen Mittel werden nicht so eingesetzt, dass sie den größten Effekt erreichen.

Und auch zusammengefasst die wichtigsten Kritikpunkte:

- Die Kommunalwahlen sind im Verhältnis zu den anderen drei Wahlgängen das wichtigste Ereignis für den Kreisverband. Über die Gemeinde-

parlamente kann der Kreisverband bürgernahe Politik bewerkstelligen. Die Ortsverbände haben es geschafft, bei der Kandidatenwerbung stattliche Ergebnisse zu erreichen. Doch für die ortsbezogene Wahlwerbung stehen geringere Mittel zur Verfügung als zur Kommunalwahl 2004. Eine Schwerpunktbildung blieb jedoch aus.

- Die Mittel verteilt der Kreisvorstand nach Parteimitgliederzahlen an die Ortsverbände. Eine Verteilung nach der Anzahl der Haushalte im „Betreuungsbereich“ der Ortsverbände wäre dem Anliegen angemessener.
- Eine Schwerpunktbildung ausgehend von den Wahlergebnissen vorangegangener Jahre könnte den Mitteleinsatz dahin lenken, wo aus örtlicher Sicht der höchste Effekt im Wahlergebnis zu erwarten ist.
- Ausgaben für vom Landesverband bereitgestellte und vom Kreisverband zu bezahlende Werbemittel sind weniger effektiv als ortsbezogene Werbemittel in Wort und Bild. Wahlwerbung in Vereinen, Verbänden und anderen Orten, an denen man den wählenden Bürger trifft, ist völlig unterbelichtet.
- Die Einwerbung von Wahlspenden wird dem Selbstlauf in den Ortsverbänden überlassen. Auch hier erfolgt keine Schwerpunktbildung.

Und noch etwas Anderes: Das Schreiben ist überschrieben mit „Beratung der Vorsitzenden der Ortsverbände des ehemaligen Kreises Mittweida.“ Ja, liebe Genossen, wann dämmert es euch denn, dass es die kritisierten Erscheinungen ein Bisschen auch deshalb gibt, weil wir uns einfach nicht im neuen Kreisverband zusammenfinden können, weder auf der Ebene der Ortsverbände noch im Kreisvorstand. Wenn der Kreisvorstand den „Mittweidaer“ Antrag am 6. April behandelt und einen Beschluss fasst, sehe ich vor meinem geistigen Auge schon einen „Freiberger“ oder einen „Döbelner“ Antrag für die Mai-Sitzung. Ein Antrag aller Vorsitzenden der Ortsverbände schafft da Abhilfe. Soweit so schlecht, denn es wiederholen sich die Negativerscheinungen des vergangenen Jahres in allen Aspekten. Das zitierte Schreiben legt das offen. Erinnern wir uns: Zum Kreisparteitag in der „Hundsnase“ gab es einen Antrag zur Leitung des Wahlkampfes aus einem Guss über den gesamten neuen Landkreis. Der wurde abgeschmettert. Die vom Vorstand eingesetzte Wahlkampfleiterin wurde allein gelassen und von den den Wahlkampf betreffenden Entscheidungen weitgehend ausgeschlossen. Sie entwickelte demzufolge eine Aktivität, die nahe bei Null angesiedelt war. Unser Kreisverband hatte mit Jens Stahlmann einen Idealkandidaten für die Landrats-

Fortsetzung auf Seite - 11 -

Heute (6): Die „Krone des Erzgebirges“, das majestätische Schloss Augustusburg



Das Städtchen Augustusburg zählt mit seinen Ortsteilen Erdmannsdorf, Grünberg, Hennersdorf und Kunnersdorf rund 5000 Einwohner. Dominiert wird es vom Schloss auf dem 516 Meter hohen Schellenberg, unserem heutigen „mittelsächsischen Knüller“. Die Stadt liegt auf einem Höhenrücken, welcher sich zwischen den Tälern der Zschopau und der Flöha erstreckt, die sich in der Stadt Flöha vereinigen.

Schellenberg findet erstmals im Jahre 1206 urkundliche Erwähnung. Die Burg Schellenberg war der Vorläufer des Jagdschlusses Augustusburg, welches unter Leitung von Hieronymus Lotter in nur vierjähriger Bauzeit im Jahre 1572 vollendet wurde. Es entstand unter Kurfürst August - nicht zu verwechseln mit August dem Starken - als Jagd- und Lustschloss. Im Juli 1899 erfolgte die Umbenennung der Stadt Schellenberg in Augustusburg. Im Jahre 1911 wurde die Drahtseilbahn errichtet. Dadurch und durch das so genannte Villenviertel gewann die Stadt immer mehr an touristischer

Bedeutung. Ihr gegenwärtiges Hauptproblem besteht darin, dass die Touristenströme zum Schloss den denkmalgeschützten Innenstadtbereich mit dem „schrägsten Marktplatz der Welt“ links liegenlassen. Bürgermeisterin ist Evelyn Jugelt (CDU), Kreisrat und Stadtrat Gottfried Jubelt erreichte zur Bürgermeisterwahl im April 2006 ein beachtliches Ergebnis für die LINKE.

Fast scheint es eine Fortsetzung unserer kleinen Geschichtstour in der vorherigen Ausgabe: Von Rochlitz und Altzella aus wurden der heutige Chemnitzer Raum und das Erzgebirge zuerst durch Mönche, dann durch Wolfsjäger und Siedler erobert. Es entstanden Klöster - z.B. das auf dem Chemnitzer Schlossberg - Burgen und vor über 800 Jahren die ersten Dörfer, vor allem durch fränkische Siedler. Kein Wunder, dass den mächtig aus den Tälern der Flöha und Zschopau herausragende Schellenberg schon frühzeitig eine Burg schmückte und später die Wettiner hier eines ihrer



Die mächtige Augustusburg im zeitigen Frühjahr 2009 - von Süden gesehen

prachtvollen Jagdschlösser bauen ließen. ter dem Motto „Richter, Henker, Missetäter“ im Schlosskerker. Pünktlich vor Ostern 2009 ist die komplexe Umgestaltung eines gesamten Flügels - hier waren einst die Gäste des Kurfürsten untergebracht - abgeschlossen worden. Der Freistaat Sachsen investierte über 3 Millionen Euro. Dieser Teil des Schlosses ist ab jetzt bis Ende des kommenden Jahres Domizil des Motorrad-Museums. Das kehrt - nach Rekonstruktion des vorherigen Ausstellungstraktes - in seine dann wesentlich erweiterten Räume zurück. Die neu entstandenen Ausstellungsräume dienen ab 2010 für hochkarätige Sonderausstellungen, an deren Konzept

intensiv gearbeitet wird. (hw)



Glänzend im doppelten Sinne - das Wapen und die alten Karossen

Das Renaissanceschloss Augustusburg stellt einen beeindruckenden Komplex dar. Es gründet sich teilweise auf Fundamente der alten Schellenburg. Deren Burgherren - Heinrich und Ulrich von Schellenberg - lagen jahrzehntelang in Fehde mit dem Kloster Altzella. Im Jahre 1324 wird Heinrich von Schellenberg geächtet und aller seiner Besitztümer beraubt. Die Schellenburg wird Besitz des Markgrafen von Meißen und geht damit auf das Herrschergeschlecht der Wettiner über.

In Deutschland findet man kaum ein anderes Schloss, welches eine solche Vielzahl unterschiedlichster Angebote bereithält. Allein das Motorradmuseum, das Kutschenmuseum und das Museum für Jagdtier- und Vogelkunde demonstrieren die Vielfalt. Hinzu kommen Führungen durch das Brunnenhaus und die beeindruckende Schlosskirche. Weiterer Anziehungspunkt ist ein Aussichtsturm mit Turmgalerie und eine Ausstellung un-



Die „alte Dame“ Drahtseilbahn - sie wird im Jahre 2011 hundert Jahre alt

Kreisvorstand aktuell

Der Kreisvorstand der LINKEN traf sich am 6. April - bedingt durch umfangreiche Straßenbaumaßnahmen in Freiberg - erneut an der Mitte Mittelsachsens, in der „Weißen Taube“ in Cunnersdorf. Wir dokumentieren im folgenden die Schwerpunkte der Sitzung.

- Es wurde eine Information über den Vorbereitungsstand der Stadt- und Gemeinderatswahlen entgegengenommen. (Dazu ausführlich auf den Seiten 8 und 9)
- Es erfolgte auf Antrag von Vorsitzenden aus einigen Ortsverbänden eine nochmalige Beratung und Beschlussfassung über die Finanzierung der Stadt- und Gemeinderatswahlen. Die den Ortsverbänden zur Verfügung stehenden Mittel wurden entsprechend der Anzahl der Haushalte verteilt. Die Wahlkampfmittel für die Ortsverbände wurden um ca. 10 Prozent erhöht.
- Der Kreisvorstand beriet über die weitere Arbeit mit den LinksWorten und verständigte sich über deren weitere inhaltliche Profilierung. Der Vorschlag, sie künftig als Beilage der Landeszeitung erscheinen zu lassen, wurde einstimmig verworfen.
- Diskutiert wurde die weitere Gestaltung des Internet-Auftritts des Kreisverbandes. Eine Lösung wurde noch nicht gefunden. Jetzt soll in Zusammenarbeit mit der Linksfraktion im Kreistag nach einer Lösung gesucht werden. Betont wurde die Bedeutung einer ständig aktuell gestalteten Webseite für die politische Arbeit im Kreisverband.
- Der Kreisvorstand kontrollierte die Vorbereitung des 1. Mai im Landkreis. Einmütig sprach man sich für dezentrale Aktivitäten in den Altkreisen aus.
- Beraten wurde die finanzielle Unterstützung des Jugendverbandes „solid“ bei der Gestaltung seiner neuen Räumlichkeiten in Geringswalde. Dazu ausführlich in der nächsten Ausgabe.
- Der Kreisvorsitzende informierte über die kontroverse Meinungsbildung zur Konferenz „Herbst 89“ in Dresden.

zitat des monats

„Der Kapitalismus basiert auf der merkwürdigen Überzeugung, dass widerwärtige Menschen aus widerwärtigen Motiven irgendwie für das allgemeine Wohl sorgen werden.“

John Maynard Keynes (1883 - 1946)
Englischer Ökonom

unsere jubilarer

Unseren Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen sowie unseren Hochbetagten gratulieren wir hiermit ganz herzlich!

Im Verlaufe des bevorstehenden Monats Mai wird aus diesem Anlass gefeiert bei:



Rolf Heinitz	geb. am 01.05.1944	in	Ziegra-Knobelsdorf
Gertraude Fritsch	geb. am 01.05.1939	in	Leisnig
Elfriede Wagner	geb. am 04.05.1919	in	Hartha
Ludwig Brumm	geb. am 05.05.1930	in	Brand-Erbisdorf
Sonja Eckert	geb. am 06.05.1928	in	Freiberg
Rolf Steinhardt	geb. am 06.05.1928	in	Freiberg
Marianne Jucak	geb. am 07.05.1926	in	Geringswalde
Armin Weihs	geb. am 08.05.1939	in	Mochau
Bärbek Schurig	geb. am 09.05.1939	in	Frankenberg
Karl Böhme	geb. am 12.05.1917	in	Frauenstein
Werner Gunkel	geb. am 12.05.1926	in	Rossau
Gisela Exner	geb. am 13.05.1939	in	Rochlitz
Anita Hanf	geb. am 13.05.1928	in	Frankenberg
Else Lippmann	geb. am 14.05.1918	in	Mittweida
Lisette Hätte	geb. am 14.05.1925	in	Flöha
Hilde Jonack	geb. am 17.05.1918	in	Burgstädt
Siegfried Fickenwirth	geb. am 17.05.1922	in	Waldheim
Manfred Kommer	geb. am 18.05.1938	in	Seelitz
Justus Schäfer	geb. am 18.05.1921	in	Mittweida
Marianne Winkler	geb. am 19.05.1927	in	Rochlitz
Werner Posern	geb. am 21.05.1920	in	Burgstädt
Kurt Reuther	geb. am 24.05.1922	in	Rossau
Gertrud Weiß	geb. am 24.05.1939	in	Freiberg
Karl-Fritz Zillmann	geb. am 24.05.1922	in	Freiberg
Irmgard Ulbricht	geb. am 27.05.1929	in	Flöha
Herta Muster	geb. am 27.05.1925	in	Freiberg
Irene Wolf	geb. am 28.05.1928	in	Roßwein
Irmgard Müller	geb. am 30.05.1929	in	Döbeln
Hans Richter	geb. am 30.05.1929	in	Oederan

Fortsetzung von Seite - 9 -
wahl und das Aufgebot der Kandidaten für den zukünftigen Kreistag konnte sich ebenfalls sehen lassen. Jens Stahlmann hat schließlich mangels Alternative ein eigenes Wahlaktiv berufen, das dann die Wahlkampfaktivitäten für die Landrat- und Kreistagswahl betrieb. Welche Albernheiten und Querelen den Wahlkampf behinderten, sei hier nicht wieder aufgewärmt. Unsere Bürgermeister- und Oberbürgermeister-Kandidaten blieben auf sich gestellt.

Für das Wahljahr 2009 hatte ich mich als Wahlkampfkoordinator angeboten. Den Posten hatte ich sofort. Doch während ich noch dabei war, ein Wahlkampfkollektiv aus allen Ortsverbänden zusammenzustellen, begann ausgehend vom Vorstandsvorsitzenden das alte Spiel. Alle drei „Fraktionen“ kochten schon wieder ihr separates Süppchen. Eingedenk dessen, was ich als „Wahlhelfer“ im Stahlmann-Aktiv erleben musste, habe ich letztlich die übernom-

mene Verantwortung zurückgegeben. Das Vorstandskollektiv wird in dieser Zusammensetzung kaum zu einer Änderung der Führungsarbeit fähig sein. Die Einschätzung treffe ich, obwohl die Kritik keiner enosin und keinem Genossen persönlich zuzuordnen ist. So aber ist die Situation.

kurz informiert

Auf der Grundlage der Stellenausschreibung in der Januarausgabe der mittelsächsischen LinksWorte ist **Sabine Lauterbach** aus Altmittweida zum 1. März 2009 als Mitarbeiterin der Linksfraktion im Kreistag eingestellt worden. Arbeitsort der Fraktionsmitarbeiterin ist Freiberg, Roter Weg 41/43.

Sabine Lauterbach wird vor allem die ehrenamtliche Tätigkeit der 19 Kreisräte der Linksfraktion unterstützen. Sie kandidiert in Altmittweida für DIE LINKE.

Termine

April 2009

- 25.04. 10:00 Uhr Eröffnung des 3. Landesparteitages der LINKEN Flughafen Dresden
- 28.04. 18:00 Uhr Bürgerforum mit MdB Barbara Höll zur Finanzkrise Freiberg, Roter Weg 41/43

Mai 2009

- 01.05. Beteiligung der LINKEN an Veranstaltungen mit dem DGB zum 1. Mai
Auftritt zum Europa- und Kommunalwahlkampf der LINKEN
10:00 Uhr Mittweida Marktplatz
14:00 Uhr Waldbad Großer Teich Freiberg
- 11.05. 19:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes der LINKEN Mittelsachsen in Döbeln (öffentlich)
- 15.05. 17:00 Uhr Wahlveranstaltung mit Jörn Wunderlich MdB in Döbeln
- 16.05. 11:30 Uhr Großdemonstration des DGB in Berlin. Motto: „Die Krise bekämpfen - Sozialpakt für Europa! Die Verursacher müssen zahlen.“
- 25.05. 10:00 Uhr Beratung des Sprecherrates der Seniorenarbeitsgemeinschaft der LINKEN Sachsen in der Geschäftsstelle Freiberg mit Seniorinnen und Senioren aus Mittelsachsen
- 29.05. 10:00 Uhr Europafrühstück mit Conny Ernst in Frankenberg mit anschließender Wahlkampfveranstaltung
- Pfingsten 2009 Pfingsten mit der LINKEN am Werbellinsee

soziale und ökologisch ausgerichteten Infrastrukturprogramm, das seinen Namen verdient, die Wirtschaft ankurbeln. Die bisherigen Konjunkturprogramme der Bundesregierung sind viel zu knapp bemessen. Aber es kann nicht sein, dass die Menschen, die schon in den vergangenen Jahren an den Auswirkungen neoliberaler Politik gelitten haben, jetzt für die Finanzierung aufkommen müssen. Die Profiteure dieser Politik sollen zahlen: Wir fordern daher eine Millionärssteuer und eine Sonderabgabe für große Vermögen. Außerdem wollen wir mit der ohnehin längst überfälligen, sofortigen Anhebung der Regelsätze für ALG II Empfänger und der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes die Binnenkaufkraft stärken. In Sachsen macht sich die Krise bereits jetzt in gestiegenen Arbeitslosenzahlen bemerkbar. Für knapp 35.000 Erwerbstätige wurde Kurzarbeit angemeldet. Und aufgrund der spezifisch ostdeutschen Wirtschaftsstruktur mit wenigen Großunternehmen kann man davon ausgehen dass das große Ausmaß der Krise erst kommt. Viele Unternehmen mußten jetzt schon Insolvenz anmelden. Aber auch hier ist der Osten wieder benachteiligt. Die Stammsitze der Unternehmen liegen häufig im Westen. Die Niederlassungen im Osten werden als erstes geschlossen. Die Krisenbewältigung darf nicht auf Kosten des Ostens gehen!

Die Fraktion im Landtag hat als erste eine Umsetzung des Konjunkturprogramms II gefordert, die den Kommunen zu Gute kommt. Wir freuen uns, dass die Staatsregierung einige Vorschläge von uns sogar übernommen hat. Aber es kann nicht sein, dass sich die ärmeren Kommunen jetzt auch noch verschulden müssen. Genau für diese Krisenzeit wäre der kommunale Vorsorgefond da gewesen, den die Staatsregierung aber nicht antasten will.

Zum Abschluss noch eines: gerade angesichts der Krise sollte sich DIE LINKE nicht scheuen, die Systemfrage zu stellen und offensiv über Alternativen diskutieren, die über den Kapitalismus hinausweisen: Vom Grundeinkommen bis zur Frage der Vergesellschaftung der Banken haben wir viele Vorschläge und Diskussionspunkte anzubieten!

mdl caren lay spricht in freiberg über die finanzmarktkrise

MdL **Caren Lay, Parlamentarische Geschäftsführerin und Arbeitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag** war zu Gast in Freiberg und machte in der Geschäftsstelle der LINKEN am 08.04.2009 eine Veranstaltung zum Thema „DIE LINKE und die Finanzmarktkrise“.

Wir dokumentieren Auszüge aus Ihrem Vortrag:

„Es ist abenteuerlich und absurd, wenn sich Angela Merkel und Co jetzt hinstellen, die Finanzmarktkrise beklagen und die alleinige Schuld den Bankmanagern in die Schuhe schieben. Letztere muss man zwar nicht aus der Verantwortung nehmen, ich sage aber ganz klar: Die Ursachen der Finanzmarktkrise sind andere. Schon



Foto: privat

Marx wußte dass Krisen im Kapitalismus zyklisch wiederkehren. Diese wurde verschärft durch die einseitige Orientierung auf Exportwirtschaft und Spekulationsgewinne statt auf Kaufkraftstärkung und Binnenmarkt. Auch Deutschland hat diese Politik verfolgt. Und CDU und FDP, aber auch SPD und Grüne haben während ihrer Regierungszeit an der De-regulierung der Finanzmärkte mit gestrickt. Es ist scheinheilig, wenn sie jetzt so tun, als sei diese Krise vom Himmel gefallen.

Während die CDU einen Schutzschirm für die Banken einrichtet, fordern wir als LINKE einen Schutzschirm für die Menschen. Wir wollen mit einem

Wir trauern um unseren verstorbenen Genossen

Manfred Fritzsche aus Freiberg

Wir werden ihm stets unser ehrendes Andenken bewahren.